



20. August 2025

Postulat

von Sanija Ameti (parteilos),
Severin Meier (SP)
und Anna-Béatrice Schmalz (Grüne)

Der Stadtrat wird aufgefordert, eine Kostenübernahme für zahnärztliche Behandlungen von Asylsuchenden und/oder die Einrichtung einer städtischen Stelle zu prüfen, damit sich Asylsuchende, die in von der Stadt Zürich betriebenen Unterkünften untergebracht sind, zahnärztlich angemessen behandeln lassen können.

Begründung:

Für Asylsuchende in Unterkünften des Bundes stehen die Betreiber der Unterkünfte in der Pflicht, Asylsuchenden den Zugang zur medizinischen Grund- und zahnärztlichen Notversorgung sicherzustellen (Art. 5 Verordnung des EJPD über den Betrieb von Unterkünften des Bundes im Asylbereich).

Ein vom BAG beauftragter Bericht von 2017 "Gesundheitsversorgung für Asylsuchende" beurteilt die Vorgaben für die behandelnden Zahnärzt:innen als sehr streng. Grundsätzlich seien nur Schmerzbehandlungen durchzuführen. Alternativ könne der erkrankte Zahn gezogen werden. Für beide Behandlungsformen seien Kostengutsprachen der Kollektivzentren notwendig. Oftmals sei der Entscheid, weshalb eine Kostengutsprache nicht gesprochen wurde, intransparent. So seien den Zahnärztinnen und Zahnärzten oft die Hände gebunden.

Das hat zur Folge, dass Asylsuchende unverhältnismässig oft und unnötig viele Zähne gezogen werden, was wiederum zu weiteren gesundheitlichen Schäden und noch mehr Gesundheitskosten führt. Darüber hinaus führe der bürokratische Aufwand dazu, dass Zahnärzt:innen gar nicht erst abklären, ob eine Behandlung von den Behörden bewilligt würde. Medienberichte bestätigen diesen Missstand (vgl. etwa: <https://www.watson.ch/schweiz/leben/995844187-zahnbehandlungen-fuer-asylsuchende-wenn-der-zahnarzt-nur-zieht>).

Eine städtische Stelle, die im direkten Kontakt mit den Kollektivzentren stehen würde, könnte das Problem des bürokratischen Aufwands für reguläre Zahnärzt:innen im Rahmen der Kostengutsprachen beheben, für Transparenz in der zahnärztlichen Gesundheitsversorgung für Asylsuchende sorgen und eine angemessene medizinische Versorgung für Asylsuchende in der Stadt Zürich sicherstellen. Das Ambulatorium an der Kanonengasse des städtischen Gesundheitsdienstes bietet bereits heute zahnärztliche Behandlungen für vulnerable Personen an, was eine mögliche Grundlage für einen Ausbau zugunsten von Asylsuchenden darstellen könnte. Alternativ ist eine Kostenübernahme für zahnärztliche Behandlungen von Asylsuchenden zu prüfen. Die Stärke des Volkes misst sich schliesslich am Wohl der Schwachen.

Anna-Béatrice Schmalz

Severin Meier

Sanija Ameti